

KTM Jürgen Simeth
Gummersbacher Str. 22
51645 Gummersbach
Tel: 0171 – 50 36 891
Fax: 02263 - 95 24 79
Mail: Simeth@dielinkeoberberg.de

Landrat des
Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi
Moltkestr. 42
51643 Gummersbach

per Email

Kaltenbach, den
3. Februar 2011

**Persönliche Anfrage:
Sind die Feststellungen des Bundesrechnungshofes auf den Oberbergischen
Kreis übertragbar?**

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

*der Einsatz von Hartz-IV-Empfängern/innen in sog. Ein-Euro-Jobs erweist sich nach **Untersuchungen des Bundesrechnungshofes** als arbeitsmarktpolitisch ungeeignet, Langzeitarbeitslose in reguläre Beschäftigung zu vermitteln. Derartige Beschäftigungsverhältnisse sind sogar wirtschaftlich schädlich, weil sie vielfach andere Anstellungsverhältnisse gefährden. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit für den Einsatz von Ein-Euro-Jobs von den ARGE n/Jobcentern werden nicht oder nicht ausreichend geprüft.*

So berichtet die Welt, zitiert nach Welt-Online vom 15.11.2010, u.a.:

«Bundesrechnungshof kritisiert Ein-Euro-Jobs

Der Bundesrechnungshof (BRH) hat in einem internen Bericht eklatante Mängel im Hartz-IV-System angeprangert. Die Vergabe von Ein-Euro-Jobs durch die Jobcenter würden in der Mehrzahl der Fälle die Chancen von Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt nicht erhöhen, heißt es in der Untersuchung, die der „Süddeutschen Zeitung“ vorliegt.

Danach würden bei mehr als der Hälfte der geprüften Fälle die Voraussetzungen für eine staatliche Förderung fehlen. Außerdem wird kritisiert, dass Jobcenter nach wie vor meist wahllos Arbeitsgelegenheiten zuwiesen, ohne die Hilfsbedürftigen weiter zu beraten und individuelle Ziele für die Teilnahme festzulegen. Die Rechnungsprüfer bemängelten weiter, dass die Jobcenter bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten ihre Tätigkeit seit 2005 nicht merklich verbessert hätten.

Seine Ergebnisse fasste der BRH in einer 46 Seiten starken Stellungnahme an das Arbeitsministerium zusammen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren 2009 im Schnitt 320.000 Menschen in geförderten Arbeitsgelegenheiten beschäftigt. In 280.000 Fällen handelt es sich um Ein-Euro-Jobs. Die Kosten dafür bezifferte die BA auf 1,7 Milliarden Euro.“

Ich bitte im Rahmen Ihrer Antwort um Mitteilung der Zahl der Menschen in sog. Ein-Euro-Maßnahmen im Jahr 2010 und um die Bekanntgabe der mit diesen Maßnahmen zusammenhängenden Gesamtkosten für den Oberbergischen Kreis.

Für Ihre Bemühungen herzlichen Dank. Über eine zeitnahe Antwort freue ich mich.

Mit freundlichen Grüßen,

Jürgen Simeth